

Wochenendgespräch



28.07.2007 / Wochenendbeilage / Seite 1 (Beilage)

»Weiter auf Atomkraft zu setzen, ist verbrecherisch«

Gespräch mit Jürgen Rochlitz. Über Dinosauriertechnologie und die notwendige demokratische Vergesellschaftung einiger Industriezweige

Winfried Wolf

Professor Jürgen Rochlitz (geb. 1937) lebt in Strodehne (Brandenburg). Er ist Mitglied der Kommission für Anlagensicherheit beim Bundesumweltministerium.

Zwei von 17 in Deutschland aktiven Atomkraftwerken wurden in den letzten Tagen abgeschaltet. Die Bundeskanzlerin - eigentlich eine Befürworterin der Atomkraft - ging in Deckung und ließ den Umweltminister Gabriel gewähren. Gibt es jetzt eine staatlich lizenzierte Anti-AKW-Bewegung?

Aktuell demonstrieren einige Leute Scheinheiligkeit, speziell die Bundeskanzlerin. Tatsächlich aber gibt es eine Pro-AKW-Bewegung, die von bestimmten Wirtschafts- und Politikkreisen gesponsert wird. Das sogenannte Ausstiegsgesetz der vorausgegangenen SPD-Grünen-Regierung ist ein Weiter-so-Gesetz, das jetzt genutzt werden soll, um ältere AKW länger laufen zu lassen zuungunsten neuerer. In zehn Jahren wird die Forderung aus der gleichen Richtung kommen, die neueren, vorher stillgelegten Anlagen wieder in Betrieb zu nehmen. Auf europäischer Ebene gibt es Bestrebungen, den Europäischen Druckwasserreaktor zu entwickeln. Einige aus der Pro-AKW-Bewegung träumen vom Hochtemperaturreaktor, dessen Urtyp in Hamm in den achtziger Jahren wegen fortgesetzter Störfälle stillgelegt wurde. Die Pro-AKW-Bewegung ist also ziemlich aktiv. Umso mehr ist die Anti-AKW-Bewegung gefordert, die neue atomare Offensive zu stoppen.

Wer weiter auf die Dinosauriertechnologie Atomkraft setzt, wer weiter in diese Dinosauriertechnik und die zugehörige Forschung investiert, verhindert - wie auch schon in der Vergangenheit - damit die Weiterentwicklung von Alternativen der Energiegewinnung. Sei es die Weiterentwicklung der bereits konventionellen alternativen Energien wie Windkraft, Gezeitenkraftwerke, Geothermik und Solarstrom aus Photovoltaik. Sei es die Entwicklung von hochinteressanten Solarzellen auf der Basis von organischen Farbstoffen. Solche Solarzellen können die energieintensiv produzierten Siliziumzellen ablösen. Damit könnte der Energiegewinnung aus Solarzellen ein überzeugender Durchbruch gelingen: Die Gewinnung elektrischer Energie für jedermann wäre möglich. Atomkraftwerke wären definitiv radioaktiver Schrott. Vor 27 Jahren habe ich auf der Basis meiner damaligen Erfahrungen mit organischen Fotohalbleitern als Ersatz für Selen, das in Kopiergeräten genutzt wird, auf einem internationalen Farbstoff-Symposium - und danach auf Einladung der BASF für dieses Unternehmen - vorgeschlagen, sich intensiv mit der Entwicklung von Farbstoffschichten als Ersatz für Silizium zu beschäftigen. Diese Forderung habe ich später des öfteren als kritischer Aktionär auf BASF-Hauptversammlungen wiederholt. Das blieb jahrelang ohne Antwort. Heute berichtet die BASF, daß sie einen »strategischen Forschungsschwerpunkt für Farbstoffsolarzellen« gebildet hat. Damit beginnt das längst überfällige Wettrennen um die beste Farbstoffsolarzelle: Die Zukunft wird ihr gehören und nicht den Atomkraftwerken, davon bin ich fest überzeugt. Schließlich würde mit den Farbstoffsolarzellen nicht nur ein solares Zeitalter beginnen, sondern der Technik wäre es gelungen, für die Menschen eine Energiegewinnung zu schaffen ähnlich derjenigen der Pflanzenwelt mit Hilfe des Farbstoffs Chlorophyll. Einen besseren Einklang mit der Natur kann man sich nicht mehr vorstellen.

Die beiden abgeschalteten Reaktoren gehören zu den ältesten in der BRD in Betrieb befindlichen AKW.

Brunsbüttel ging 1976 und Krümmel 1983 ans Netz. Andere störanfällige Atommeiler wie Biblis A (Inbetriebnahme 1974), Neckarwestheim 1 (1976) und Philippsburg 2 (1984) sind ebenfalls solche aus dem Altbestand. Beim AKW Greifswald in der ehemaligen DDR hat man - zu Recht - die Stilllegung wegen veralteter Technologie gefordert. Doch in Wessiland haben Schrottmeyler die berüchtigten sieben Leben, die sonst nur Katzen haben. Gibt es einen Zusammenhang zwischen AKW-Alter und gefährlichen Störfällen?

Gefährliche Störfälle können in jedem AKW auftreten; es gibt keine in sich sichere Atomtechnologie. Allerdings leiden ältere Anlagen an dem meist mangelnden Vollzug der Sicherheitsnachrüstung. Schließlich gibt es Materialermüdungserscheinungen, die einen Austausch von Einzelteilen und Einzelaggregaten erforderlich machen; und der Stand der Sicherheitstechnik entwickelt sich weiter, so daß eine Anpassung erforderlich ist, die häufig nur zögerlich durchgeführt wird. Der Grund, warum da gezögert, gebremst und gemogelt wird: Die älteren AKW sind die besten Gelddruckmaschinen. Die sind doch vollständig abgeschrieben. Da werden solche notwendigen Investitionen wegen der Kosten gerne aufgeschoben. Für ältere AKW sollte in besonderem Maß gelten: sofort abschalten!

Auslöser der jüngsten Krise der Atomkraft war ein brennendes Trafohaus im AKW Krümmel. Es soll überlastet gewesen sein, weil der Betreiber Vattenfall eine Art AKW-Tuning oder Viagra für Schrott-AKW betreibt: In den letzten Jahren der Laufzeit soll ein Optimum aus dem AKW herausgeholt werden. Die Betreiber benötigten Stunden, um den Brand zu löschen. Und natürlich gab es »nie eine Gefährdung der Bevölkerung«. Beim AKW Biblis A wurde bekannt, daß 15000 »Hilti-HDA-T-Hinterschnittanker«, vulgo Dübel, falsch eingebaut wurden und daß deshalb die Betonhülle bröseln. Beim AKW Brunsbüttel und beim AKW Krümmel stellt sich heraus, daß dort ebenfalls Dübel eingebaut wurden, die für AKW nicht zugelassen wurden und die jetzt saniert werden müssen. Man gewinnt den Eindruck: All das sind Garagenbetriebe. Von wegen Hightech-Energieunternehmen.

Der Wahn der Globalisierung, alles möglichst kostengünstig herzustellen und zu vermarkten, führt dazu, daß die Technik korrumpiert wird, ausschließlich der Gewinnmaximierung, anstatt den Menschen im praktischen Leben zu dienen. Die Folge davon ist die ständige Reduktion von Personal, der Einsatz von Billiganbietern, Schlamperei hier, mangelnde Kontrolle dort. Nicht nur bröselnde Betonhüllen müßten zur Einstellung des Betriebs führen, sondern auch die Erkenntnis, daß die Betonhüllen in den meisten Fällen dem Aufprall eines Düsenflugzeugs nicht gewachsen sind. Analog zur Kritik des Verbraucherschwärms Ralph Nader am Auto (»Unsafe at any speed - Unsicher bei jeder Geschwindigkeit«) kann man sagen: Die Ummantelungen der Atomkraftwerke sind innen und außen und bei jedem Betrieb ein Sicherheitsrisiko. Hier müßte Herr Schäuble mit seinem Sicherheitswahn wegen Terrorgefahr rufen: Sofort alle abschalten!

Sie sind seit längerer Zeit Mitglied in der Störfallkommission. Kam Ihnen bei dem, was in Krümmel passierte oder was über Biblis A und Brunsbüttel bekannt wurde, einiges bekannt vor?

Ich bin 2003 in die frühere Störfallkommission und 2005 in die ihr nachfolgende Kommission für Anlagensicherheit berufen worden. Dies ist ein Beratungsgremium beim Umweltministerium, das, ähnlich wie die Reaktorsicherheitskommission, Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit von Chemieanlagen machen soll. Dort werden alle bekannten Ereignisse, vom einfacheren Chemieunfall bis zum gravierenden Störfall, untersucht und ausgewertet. Meine diesbezügliche Erfahrung lautet zusammengefaßt: Man hält es nicht für möglich, welche Dummheiten, Schlampereien, Nachlässigkeiten und Mängel an Problembewußtsein häufig die Ursache solcher Ereignisse sind. So wundert es, daß nicht mehr schwere Unglücke passieren, wie jene im Tanklager von Buncefield (Großbritannien 2005) und Texas City (USA 2005). In beiden Fällen hat die Kombination von Schlamperei bei der Bedienungsmannschaft und von nicht optimierter Sicherheitstechnik zu den katastrophalen Bränden geführt. Die bisher bekanntgewordenen Mängel in den Atomkraftwerken zeigen eine starke Parallelität dazu.

Im vergangenen Jahr gab es im schwedischen AKW Forsmark einen gefährlichen Atomunfall. Vor zwei Wochen kam es in Japan zu einem schweren Erdbeben, bei dem ein in der Nähe des Bebenzentrums stehendes Atomkraftwerk abgeschaltet werden mußte. Trotz dieser Vorfälle werden weltweit Dutzende neue Atomkraftwerke gebaut.

Weiter auf die Atomtechnik zu setzen, ist schlicht verbrecherisch. Wer dies ernsthaft vertritt, der müßte darlegen, daß diese Technik hundertprozentig beherrschbar ist. Dies ist jedoch nicht der Fall. Eine solche Sicherheit kann es niemals geben, weder im Normalbetrieb, noch in bezug auf den Verbleib der hochradioaktiven Abfälle, der immer ungeklärt bleiben wird. Und nicht zu vergessen: Im Hintergrund der AKW-Technik steht immer die militärische Anwendung. Die Gier nach Gewinn treibt immer wieder Firmen dazu, in diese Technik zu investieren, da die Risiken von der Allgemeinheit und von den militärisch-industriellen Komplexen getragen werden und die ungelösten Probleme vom Staat zu bewältigen sind. Wer die Dritte Welt, oder konkret China, hier kritisiert, muß wissen: Die Schwellenstaaten ahmen doch nur das nach, was von den Industriestaaten vorexerziert wird.

Oft hört man, bei uns Treibhausgase einzusparen sei unsinnig. Die Schwellenländer sollten vorangehen. In den Worten von Wulf Bernotat, dem Chef des Energiekonzern E.on: »Während wir hier mit gewaltigem Aufwand den Kohlendioxidausstoß ein wenig verringern, wird in Asien in der gleichen Zeit der Ausstoß um ein Vielfaches erhöht. Wir bekämpfen das Problem also nicht da, wo es angegangen werden müßte.«

Einsparung von Energie bedeutet in den meisten Fällen keinen »gewaltigen Aufwand«; im Gegenteil führt effizientere Nutzung von Energie zu gewaltigen Kosteneinsparungen und damit zu freiwerdenden Mittel, die für Investitionen in Ausbildung, Kultur, in die Entwicklung alternativer Energien oder in öffentliche Verkehrsmittel investiert werden könnten. In den großen Nationen der Schwellenländer ist die Pro-Kopf-Emission von Treibhausgasen immer noch um Größenordnungen niedriger als in den Industrienationen. Wer im Norden auf Schwellenländer zeigt, weist mit vier Fingern zurück auf sich und auf die westlichen Industrienationen. Schließlich sind es die OECD-Konzerne, die die Geschäfte mit den Schwellenländern betreiben und die deren Bedürfnisse auf das westliche - oftmals zerstörerische und fast immer viel zu energieintensive - Niveau anheben möchten. Statt eine Geschäftspolitik zu betreiben, die auf Klimaschutz und echte Nachhaltigkeit orientiert, werden Geschäfte mit veralteten Kohlekraftwerken, mit AKW oder mit Magnetschwebbahnen - also mit das Klima zerstörenden Dinosauriertechniken - getätigt. Dies gilt es einzustellen. Nur eine glaubwürdige und konsequent betriebene Klimaschutzpolitik von seiten der Industrieländer wird dazu führen, daß auch Schwellenländer in diesem Sinne agieren.

Früher hieß es, wenn die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, gehen die Lichter aus. Heute heißt es, Atomenergie gehöre aus Klimaschutzgründen zum richtigen »Energemix«. Bernotat argumentierte auch nach den Atomunfall in Krümmel: »Wenn man umweltfreundlich ... Energie erzeugen will, kommt man um die Kernenergie nicht herum.«

Der umweltfreundlichste Reaktor wird in sicherer Entfernung betrieben - auf der Sonne. Ihn in vollstem Umfang als eingestrahelte Energie selbst, als umgewandelte Energie in Form von Wind und Biogas zu nutzen, ist weltweit das Gebot der Stunde. Schließlich kommt es noch weit mehr auf die umweltfreundliche Nutzung der Energie an: Auf die Sparsamkeit bei Geräten und Maschinen, auf die Reduktion von Energieverlusten z. B. bei der Hauswärme. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn die Verschwendungstechnik auf der Basis von angeblich unerschöpflichen Energien endgültig verbannt wird. Die zentralen Großkraftwerke sind das Ergebnis der wirtschaftlichen Machtkonzentration bei den großen Konzernen der Energie-, Öl- und Chemie-Wirtschaft. Tatsächlich benötigen wir eine Demokratisierung der Energiewirtschaft. Dies wäre möglich auf der Basis der erneuerbaren Energien, mit denen viele Verbraucher ihre Energie selbst produzieren könnten: Sei es der Hausbesitzer mit einer Photovoltaik- oder einer thermischen Solaranlage, oder der Landwirt mit einer Biogasanlage oder, in hoffentlich naher Zukunft, von jedermann und überall mit den erwähnten Farbstoffsolarzellen.

Als die Atomkraftwerke gebaut wurden, war »nur« die AKW-Herstellung (z.B. in Westdeutschland durch Siemens/KWU oder in den USA durch General Electric) privatkapitalistisch organisiert. Die Betreibergesellschaften befanden sich in öffentlichem Eigentum. Heute werden auch die Atomkraftwerke von kapitalistischen Konzernen betrieben. Der Eigentümer des AKW Krümmel, der schwedische Konzern Vattenfall, weigerte sich mehrere Tage lang, wichtige Unterlagen über den Hergang des Atomunfalls den Behörden zugänglich zu machen. Wie wirkt sich die kapitalistische Eigentumsform an den AKW hinsichtlich der Gefahren, die von Atomkraftwerken ausgehen, aus?

Für die Privateigentümer sind weder das Grundgesetz - »Eigentum verpflichtet...«; es gibt ein »Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit« - noch das Allgemeinwohl Richtschnur. Ihr Ziel ist die Optimierung des Gewinns. Die Optimierung der Sicherheit steht dem entgegen, da sie sehr kostenintensiv ist. Es ist nur logisch, daß dann - in Abwandlung eines zynischen Spruchs von Herrn Wowerit - »gespart wird, bis es quietscht«. Die Welle der Privatisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung hat aber nicht nur die AKW-Betreiber erfaßt, sondern sie wütet seit einiger Zeit auch in den Behörden und neuerdings auch in den Universitäten und Hochschulen - mit gravierenden Folgen für die Sicherheitstechnik nicht nur in den Atomkraftwerken. In den Behörden ist ein an den Problemen gewachsener Vollzug durch Kontrollen und Auflagen zur Nachrüstung schon nicht mehr möglich wegen des ständig erfolgten Personalabbaus, des auch damit einhergehenden Kompetenzverlusts, wenn ältere erfahrene Mitarbeiter in den Vorruhestand geschickt werden. An den Hochschulen werden Fachbereiche, Fakultäten und Institute darauf ausgerichtet, Gewinne einzufahren; die Einführung von Budgets begünstigt diejenigen Wissenschaftler, die eine Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Industrie betreiben. Das Ergebnis dieser Verfahrensweise ist eine Verschiebung in der Wissenschaftslandschaft: Fächer, die wenig oder keinen finanziellen Gewinn bringen, werden »abgewickelt«; dazu gehört auch die Sicherheitstechnik. Sie wurde gemeingefährlich ausgedünnt, und in den Curricula der Ingenieure, Physiker und Chemiker taucht sie allenfalls als Wahlfach auf. Sicherheitskultur und Sicherheitsmanagement haben es somit ziemlich schwer, sich angemessen zu etablieren. Da dieser Prozeß sich selbst verstärkt, können wir uns noch auf dramatische Ereignisse sowohl im AKW-Bereich wie auch in der chemischen Produktion gefaßt machen.

Nur eine drastische Umkehr in der Gesellschaft wird eine schleichende Chaotisierung in sicherheitsrelevanten Wirtschaftszweigen aufhalten. Dazu gehören vergesellschaftete, demokratisch kontrollierte Industrien und Wirtschaftszweige dort, wo erhebliche Sicherheitsprobleme auftreten können, und eine von der Wirtschaft unabhängige Wissenschaft.

Gratulation zum Siebzigsten! Jürgen Rochlitz hat sich seit Jahrzehnten als jemand hervorgetan, der das Engagement für die Umwelt unauflöslich mit den sozialen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung verband.

Geboren am 24. Juli 1937 in Wiesbaden, war er - nach Chemiestudium und Promotion - in den Jahren 1975 bis 2000 Professor an der Fachhochschule Mannheim im Bereich Organische Chemie.

Jürgen Rochlitz war 1980 in Rheinland-Pfalz an der Gründung der Grünen beteiligt. In den Jahren 1988 bis 1992 engagierte er sich als Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg; 1994 bis 1998 als Bundestagsabgeordneter, jeweils für die Grünen. 2002 trat Rochlitz aus der Partei wegen deren Haltung im Balkankrieg aus. 2000 bis 2002 arbeitete er für die PDS als wissenschaftlicher Sachverständiger in der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags Nachhaltige Energieversorgung. Seit 2003 ist Rochlitz Mitglied der Störfallkommission (inzwischen »Kommission für Anlagensicherheit«), beim Bundesumweltministerium. Seit 2006 engagiert sich Rochlitz an seinem Wohnsitz Strodehne als »sachverständiger Einwohner im Ausschuß für Landwirtschaft, Umwelt, öffentliche Ordnung des Kreistags Havelland«.

Jürgen Rochlitz hat den »Verein zur Förderung des Güterverkehrs auf der Schiene« gegründet. Er ist Mitglied in der Bahnfachleutegruppe Bürgerbahn statt Börsenbahn (BsB) und aktiv bei der Coordination gegen BAYER-Gefahren.

Infos über die Homepage gueterzuege-statt-laster.de